

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 34 (1954-1955)  
**Heft:** 1  
  
**Rubrik:** Stimmen der Welpresse

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 29.04.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## STIMMEN DER WELTPRESSE

*Moskau greift nach Lateinamerika* ist das Leitmotiv eines Artikels, der in der in französischer Sprache geschriebenen ältesten Tageszeitung Athens, *Le Messenger d'Athènes*, erschienen ist (5. 2. 1954). Der Autor weist an Hand verschiedener Beispiele nach, daß Moskau versucht, den am 2. September 1947 gebildeten festen Block von 21 amerikanischen Republiken zu erschüttern. Er erwähnt den Aufstand in Britisch-Guayana vom Oktober 1953, wobei man zwei Fliegen mit einem Schlag traf. Man schuf ein Unbehagen im Commonwealth und weckte das in den Herzen der Amerikaner latent vorhandene Gefühl, das Vorhandensein einer Kolonie auf dem amerikanischen Kontinent sei ein Anachronismus, der heute sehr gefährlich sein könne. Der zweite besprochene Störungsversuch liegt im Austritt Guatemalas aus der Unionscharta der fünf kleinen Republiken Mittelamerikas im April 1953. Das dritte Störungsmanöver besteht in der von Moskau geschürten Spannung zwischen Nicaragua und Guatemala, das am 30. Januar ein in den heftigsten Ausdrücken abgefaßtes offizielles Communiqué veröffentlichte, in dem der Präsident von Nicaragua namentlich genannt wurde.

Die interamerikanische Konferenz von Caracas hat für einen Augenblick das Interesse der Weltöffentlichkeit auf Guatemala gelenkt. Im Zusammenhang mit der als Obstruktionsversuch ausgelegten Intervention des Vertreters von Guatemala, der als Antwort auf Dulles' Resolutionsentwurf gegen den Kommunismus vorerst eine genaue Definition des «Internationalen Kommunismus» verlangte (vgl. NZZ Nr. 547 u. 551), verdienen die Ausführungen von *Flora Lewis*, Mexico City, die vor Beginn der Konferenz in *New York Times Magazine* vom 21. Februar 1954 über den Kommunismus in Guatemala (*Communisme in Guatemala: A Case History*) veröffentlicht wurden, besondere Beachtung.

Die Anfänge der kommunistischen Partei Guatemalas gehen auf die Jahre

1944/45 zurück. Diese ging vorerst sehr behutsam vor und beschränkte sich darauf, in aller Heimlichkeit ihre Kräfte zu sammeln und zu gruppieren. 1945 eröffneten die Kommunisten ein marxistisches Ausbildungszentrum «Escuela Claridad», das jedoch im Januar 1946 von Präsident *Arivalo* wieder aufgehoben wurde. 1947 wurden einige Kommunisten des Landes verwiesen, doch durften sie bald wieder zurückkehren. Sie zeigten sich zur Zusammenarbeit bereit, und Arivalo hatte den Eindruck, ihre Schlagwörter deckten sich mit seinen Ideen, er dürfe ihnen Vertrauen schenken. Sie begannen nun damit, eine eigene Parteiorganisation aufzubauen, deren Führung *José Manuel Fortuny* übernahm. In den nächsten zwei Jahren trat indessen die Partei noch nicht an die Öffentlichkeit und konzentrierte ihre Anstrengungen darauf, andere Parteien zu infiltrieren und ihre Einflusssphäre bei den Landarbeitern zu erweitern. — Als am 18. Juli 1949 Oberst Francisco Xavier Arana ermordet wurde, mußte Arivalo das Feld räumen. Sein Nachfolger *Jacobo Arbenz*, von schweizerischer Abstammung, war der Mann der Kommunisten, ob er sich mit ihnen identifizierte oder nicht. Endlich konnten sie offen auf den Plan treten. Vorerst bekannten sich nur 1200 Mitglieder zur Partei. Doch die Zahl spielte keine Rolle; die Kommunisten setzten ihre Infiltrierungsarbeit hartnäckig fort. Sie schickten ihre Agenten aufs Land und gewannen die Indianer mit dem Versprechen, ihnen eigenen Bodenbesitz zu verschaffen. Tatsächlich bildet die Masse der Bauern ohne eigenen Bodenbesitz eine ungeheure Armee, die im Falle einer Auseinandersetzung die Kommunisten unterstützen würde. Arbenz scheint von solchen Perspektiven nicht im geringsten beunruhigt und verwahrt sich übrigens energisch gegen den Vorwurf, er begünstige den Kommunismus. Er betrachtet die KP, die neben der politisch neutralen Armee die einzige organisierte politische Macht im

Lande darstellt, als interne Angelegenheit. Wohl beherrschen die Kommunisten das Radio und stellen es in den Dienst der «Friedensbewegung», sie beherrschen die Regierungspresse und benutzen sie ausgiebig als Instrument der sowjetrussischen Propaganda. Auf der internationalen Bühne aber versucht der Regierungschef von Guatemala eine neutrale Linie zu halten. Unterdessen aber hat die KP im Lande selbst eine Position errungen, von der aus sie an die Vorbereitung der gewaltsamen Machtübernahme herangehen kann. — Das Beispiel von Guatemala zeigt, wohin die Entwicklung führen kann, wenn man der KP im Spiel der politischen Auseinandersetzung eine Rolle zuteilen zu können glaubt: Man wird von der KP überspielt.

Welches Dilemma die Haltung Guatemalas für die USA mit sich bringt, wird in dem Artikel *Guatemala Poses Dilemma for USA* von Milton Bracker in der *New York Times* vom 5. März 1954 treffend skizziert. Der Autor legt dar, daß eine weiche Hand gegenüber den kommunistischen Strömungen in Guatemala die russischen Aspirationen fördern würde, wogegen scharfe Maßnahmen die südamerikanischen Staaten abspenstig machen müßte<sup>1)</sup>.

*Moscou à la mode* ist der Leitartikel der *Voix Ouvrière* vom 13./14. Februar 1954 überschrieben. Die gleiche Feststellung macht die vorzüglich redigierte *Orientierung* (Katholische Blätter für weltanschauliche Information, Auf der Mauer 13, Zürich) in Nr. 3/1954 unter dem Titel *Ostkultur als Sprengmittel*. «In der Schweiz suchen seit ein paar Monaten gewisse sowjet- und rußlandfreundliche Kreise in gesteigertem Maße für das kulturelle Leben in den Oststaaten, hauptsächlich in der Sowjetunion, Interesse zu wecken und für die Förderung eines Kulturaustausches mit diesem Lande einzutreten.» Die Haupt-

trägerin der Ostkulturarbeit ist schweizerischerseits die *Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion* (auch «Gesellschaft Schweiz-UdSSR», in der Westschweiz «Association Suisse-URSS»), die am 6. Februar 1944 in Basel gegründet wurde und heute 24 Ortssektionen und 3500 Mitglieder, meist Arbeiter, zählt. Der Präsident ist *Paul Camenisch*, Kunstmaler in Basel, Sekretär *Albert Merki* in Zürich (der dem Vernehmen nach sein Amt *Heinz Egger*, dem Verfasser der Zürcher Dissertation «Die Entstehung der kommunistischen Partei der Schweiz», die von der Genossenschaft Literaturvertrieb Zürich verlegt wurde, abtreten mußte. Die Red.) «Obwohl die Kommunisten die eigentlichen Promotoren der Gesellschaft waren, überließen sie die Führung und Verantwortung vor der Öffentlichkeit den repräsentativen Personen aus der wissenschaftlichen und künstlerischen Welt.» Sie sicherten sich aber «in der Leitung der ‚Gesellschaft‘ . . . den vollen Einfluß». «Hauptanliegen wurden die bedingungslose Befolgung und Verteidigung der sowjetischen Politik.» — «Der von der 4. Delegiertenversammlung zum Präsidenten der ‚Gesellschaft‘ gewählte Basler Theologieprofessor *Fritz Lieb* . . . ging 1950 in aufsehenerregender Weise von ihr weg, überzeugt von der ‚Verlogenheit der Kominformpropaganda‘ . . . Nach Liebs Absprung leitete der Kommunist Dr. Konrad Farner die Geschäfte.» Ein nach vier Jahren konstatiertes Defizit von 120 000 Franken wurde «hauptsächlich dank den großzügigen Spenden eines Zürcher Kaufmanns wieder getilgt».

Die «Massenorganisationen», zu denen auch die «Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion» zu zählen ist, haben die Aufgabe, die näheren kommunistischen Ziele zu propagieren, nachdem die Voraussetzungen für die Darlegung der letzten kommunistischen Ziele in den westlichen Ländern als ungünstig betrachtet werden. Solche «dienliche Ziele» sind die «Friedensarbeit», «Kulturarbeit» im allgemeinen und «Kulturaustausch Ost-West» im besondern, auf die auch andere «Massenorganisationen» wie «Kultur und Volk», bzw. «Culture et Tra-

<sup>1)</sup> Vgl. auch die interessanten Berichte in «Kommunismus in Lateinamerika». Deutsche Kommentare. 27. 3. 1954.

vail» (die sich in Genf die Bezeichnung «Association Culturelle des Regards» beigelegt hat, nachdem es Nicole gelungen war, die Genfer Sektion von «Culture et Travail» für seine Splitterpartei zu gewinnen. Die Red.) ausgerichtet sind. — Auffallend und neu ist, daß sich die Sowjetunion in letzter Zeit aktiv in diese Kulturaustausch-Förderung einschaltet, so durch die Teilnahme einer vom russischen Gesandten F. F. Molotschkow in Bern angeführten Dreierdelegation aus Moskau am 6. Kongreß der «Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion». Seither hat «Sovfilm» in der Kulturwerbung ihre Aktionen erweitert «und findet dafür schweizerische Kinos». In der gleichen Richtung scheint ein «Komitee für internationalen Jugendaustausch» zu arbeiten. Eine von der «Gesellschaft» Ende Januar veranstaltete Konzerttournee sowjetischer Musiker berührte mehrere Schweizer Städte. (Zur Abrundung des Bildes müßten auch die sich dicht folgenden Sporttreffen zwischen schweizerischen und Equipen aus den kommunistischen Oststaaten sowie die propagandistische Begleitmusik erwähnt werden. Die Red.)

Der Verfasser schließt seine Betrachtungen mit der Frage: «Muß man noch eigens aussprechen, daß Europa zugrunde gehen wird, wenn es der Sowjetunion und den Kommunisten gelingt, ihre Linie durchzusetzen?»

Die in Linz erscheinenden *Oberösterreichischen Nachrichten* veröffentlichten in ihrer Nr. 258/1953 unter dem Titel *Sowjetisches Zeughaus in den Karpathen* nähere Angaben über die Möglichkeit, hier große Materialvorräte für einen künftigen Krieg anzulegen, «ohne daß sie vom Feind entdeckt und zerstört werden können. So lagern heute in den Gebirgstälern bedeutende Mengen von Eisenbahnschwellen und Schienen, die hinreichen, um eine Strecke bis zum Atlantik zu bauen. In Felskavernen wird Munition gestapelt und manche Bergkuppe enthält einen Teich mit Benzin oder Öl. Die Industrie hat sich von fünf auf heute 400 Betriebe vergrößert. Hier werden Uniformtuche,

Mützen, Pelze und Stiefel nebst Dingen für den zivilen Bedarf produziert. Es scheint, als ob die Sowjets hier ein Zeughaus einrichten, in dem sie vor allem Rohmaterialien aus den Satellitenstaaten verarbeiten. Die Karpathenukraine ähnelt heute einem riesigen Hamsternest, und man versteht, warum nicht einmal Eisenbahner aus Rumänien, Ungarn und der Slowakei auch nur einen Schritt über den Grenzstreifen tun dürfen. Alle Übernahmebahnhöfe liegen noch auf dem Territorium der Nachbarstaaten, die hier nur eine Scheinsouveränität besitzen. Denn rund um das Karpathenland wacht streng und anmaßend der sowjetische Sicherheitsdienst».

Die Haltung der Sozialisten gegenüber der EVG wird im *Corriere della Sera* vom 10. März von Giovanni Spadolini im Leitartikel *Die Sozialisten und die EVG* scharfsinnig analysiert. Der Autor ist der Meinung, die von der sozialistischen Internationale in Brüssel angenommene Motion zugunsten der Ratifizierung des EVG-Vertrages habe für die Gegner der Europaidee einen schweren Schlag bedeutet; diese hofften vor allem auf die Opposition der deutschen Sozialdemokraten. Die deutschen Sozialisten haben in Brüssel aber einen «innenpolitischen» Standpunkt eingenommen und die anderen sozialistischen Parteien in ihren Entschlüssen nicht beeinflusst. Die Beweggründe der erwähnten Motion, die auf Betreiben der französischen und englischen Sozialisten hin zustande kam, sind folgende: Erstens die Enttäuschung über das Ergebnis der Berliner Konferenz, zweitens die Furcht vor einer Richtungsänderung der amerikanischen Außenpolitik für den Fall, daß der EVG-Vertrag nicht ratifiziert würde. Spadolini führt jedoch noch wesentlichere Beweggründe an: Die EVG wird nämlich von der europäischen Sozialdemokratie als Voraussetzung für eine politische Einheit mit einem sozialen Hintergedanken betrachtet. Der Brüsseler Motion liegt das alte Streben zugrunde, Europa zu einem Vermittlungsinstrument zwischen Ost und West



zu machen; vom Universalismus von einst ist man zu einem konkreteren Föderalismus übergegangen. In Tat und Wahrheit wollte der Sozialismus in Brüssel sich selbst verteidigen, da der Europäismus ein Mittel darstellt, das den Sozialisten ein neues Solidaritätsgefühl und ein neues Bewußtsein ihrer Aufgabe geben kann. Nur jenseits der verschiedenen Nationalismen, in der europäischen Einheit, kann nämlich der Kommunismus besiegt werden, der sowohl auf universalem Gebiet als auch im Rahmen nationalistischer Taktik nunmehr unbesiegbar geworden ist. Der Verfasser bedauert sehr, daß in Brüssel allein die sozialistische Partei Italiens nicht vertreten war. Sie ist die einzige sozialistische Partei, die sich entschieden gegen die EVG wendet und sich vom Kommunismus nicht distanziiert.

Die in *Delhi* erscheinende Wochenschrift *Thought* ist wegen ihrer von politischen Parteien unabhängigen und sachlich-kritischen Einstellung sehr angesehen. In ihrer Nr. 10 vom 6. 3. 54 nimmt sie in ihrem wie stets ungezeichneten Leitartikel zu der Äußerung *Nehrus* im indischen Parlament Stellung, daß der weitere Aufenthalt amerikanischer Offiziere als Beobachter an der Waffenstillstandslinie in Kashmir, nach dem Abschluß des militärischen Hilfsprogramms zwischen den USA und Pakistan, «improper» sei. Das Blatt vermißt in der Erklärung *Eisenhowers*, daß Amerika die Verwendung der Hilfe für ausgesprochene Verteidigungs- und nicht für Angriffszwecke garantiere, die ausdrückliche Erwähnung Kashmirs. «Richtig oder falsch», so heißt es in dem Aufsatz, «die öffentliche Meinung in Indien fürchtet die Wiedereröffnung von Feindseligkeiten durch Pakistan. Vernunftgemäß scheint eine geringe Gefahr vorzuliegen, daß Pakistan sich wiederum auf ein so zweifelhaftes Abenteuer einläßt. Worauf es aber ankommt, ist, daß die Furcht vor einem solchen Angriff in Indien weitverbreitet ist, und kein aufmerksamer, demokratischer Politiker diese nun einmal vor-

handene Furcht ignorieren kann. Denn, wenn es wirklich zum Ausbruch von Feindseligkeiten kommen sollte, so wäre es die Aufgabe der von den Vereinigten Nationen eingesetzten Militärbeobachter, festzustellen, ob es sich um einen Angriff im Sinne der von *Eisenhower* abgegebenen Erklärung handelt. Es betrifft einige zwanzig amerikanische Offiziere, deren weiteren Verbleib eben *Nehru* als ungeeignet bezeichnet hat.» Der Artikel fährt dann fort: «*Nehrus* Schwäche liegt darin, daß er sich offenbar mehr auf seinen Instinkt als auf Vernunftgründe verläßt, obwohl es auffallend ist, wie oft er in solch instinktiven Momenten eine glücklichere Hand als andere bedeutende Politiker bewiesen hat. Doch die Welt, in der schließlich Indien einen recht bedeutenden Platz einnimmt, hat eine Phase erreicht, in der ein verantwortungsbewußter Staatsmann wie *Nehru* es sich nicht immer leisten kann, instinktive Reaktionen als Grundlage der Außenpolitik zu machen. ... *Nehrus* Forderung an Amerika, seine Beobachter aus Kashmir abzurufen, wirft viele Fragen auf. Zum Beispiel, wenn die Nationalität dieser Offiziere der Grund dafür ist, daß man sie nicht mehr als neutral ansehen kann, wie liegt der Fall bei denjenigen Amerikanern, die in jeder Hinsicht mit Ernst und Energie als Sachverständige dabei sind, Indien aufbauen zu helfen, sei es bei Bewässerungs- und Kommunalprojekten oder in den verschiedensten Zweigen der Industrie? Sie sind schließlich nicht weniger amerikanisch als ihre von den Vereinigten Nationen nach Kashmir entsandten Landsleute. Überdies, auf lange Sicht gesehen, oder vom Standpunkt der ökonomischen und geographischen Lage Indiens aus betrachtet», so fragt der Verfasser des Artikels, «ist es weise oder sogar ratsam, eine Atmosphäre von Fremdenhaß zu schaffen? Vorübergehende Vorteile mögen zu den Eigenheiten eines gewöhnlichen Politikers gehören, aber von einem Mann von *Nehrus* Format verlangt die Geschichte die Einsicht eines Staatsmanns und einen umfassenden Überblick im Ausmaß von Dekaden wenn nicht von

Jahrhunderten. Die amerikanische Regierung sollte ohne Zögern Indiens Forderung nach Abberufung der militärischen Beobachter nachkommen. Denn, wenn die Angelegenheit vor das Forum der Vereinigten Nationen gebracht wird, so könnte das zu weiterer Verwirrung und Bitterkeit führen. Die neue Phase der indisch-amerikanischen Beziehungen verlangt feinfühliges und weitausschauendes Handeln.»

Zum gleichen Thema äußerte sich Indiens größte in Bombay und Delhi erscheinende, unabhängige Tageszeitung, die *Times of India* (Nr. 71 vom 13. 3. 54) in einem wie stets ungezeichneten Leitartikel, in dem sie die Haltung des Generalsekretärs der Vereinigten Nationen, Dag Hammarskjöld, kritisiert, der, wie das Blatt sagt, die amerikanischen Militärbeobachter offenbar als völlig neutral ansieht, weil sie unter der Autorität der Vereinigten Nationen stehen. «In keinem anderen Fall, in dem die Intervention der UNO nachgesucht worden ist, hat diese internationale Organisation die Parteien gezwungen, eine Untersuchungskommission oder Beobachter gegen ihre Wünsche zu akzeptieren.» Als Beispiel wird Korea angeführt, wo die N. N. R. C. erst zusammentreten konnte, nachdem die Kommunisten und die USA sich darüber verständigt hatten, welche Nationen als Mitglieder dieser Kommission für sie tragbar wären. «Die UNO war nicht in der Lage, im Falle Südafrika weiter vorzugehen, als dieses Land sich weigerte, durch eine Kommission die Lage in Südwestafrika untersuchen zu lassen. Eine solche Einstellung steht im fundamentalen Gegensatz zu Indiens Verhalten, das nur verlangt, daß die amerikanischen Beobachter durch Offiziere einer anderen Nation ersetzt werden. Doch der Fall von Südafrika und Indien hat etwas Gemeinsames. Die internationale Organisation der Vereinigten Nationen kann niemals die Vermittlerrolle mit Erfolg spielen, wenn sie darauf besteht, daß Beobachter, die eine Partei als unerwünscht betrachtet, von dieser akzeptiert werden. Es liegt keine Verpflichtung für die indische Regierung

vor, offiziell den Fall der amerikanischen Militärbeobachter vor das Forum der UNO zu bringen. Es sollte genügen, daß deren Unparteilichkeit in Frage gestellt ist. Deren Zurückberufung würde sich besser mit den Idealen und Prinzipien der Vereinigten Nationen vertragen als die technischen Erörterungen ihres Generalsekretärs.»

Die Dreimonatsschrift *Perspektiven* (S. Fischer, Frankfurt a. M.) veröffentlichte in ihrer Nr. 6 einen Artikel des hochangesehenen amerikanischen Theologen *Reinhold Niebuhr* über *Religion und Politik*, dessen Hauptgedanken hier kurz wiedergegeben werden. Der Artikel beginnt mit dem aufsehen erregenden Satz: «Mancherlei Anzeichen deuten darauf hin, daß eine lange Periode „schöpferischer Spannung“, die zwischen den kirchlichen Führern des amerikanischen Protestantismus und der amerikanischen Geschäftswelt bestand, jetzt mit dem Sieg der Geschäftswelt über die Kirche endet.» Die Spannung entstand um die Jahrhundertwende mit der Bewegung des «Sozialen Evangeliums». Der eine ihrer beiden hervorragendsten Vertreter, Walter Rauschenbusch, forderte «die menschliche Gesellschaft... in das Reich Gottes zu verwandeln» und erreichte ihren bedeutendsten Fortschritt, als 1908 der alle größeren protestantischen Kirchen umfassende «Federal Council of the Churches of Christ in America» ein Glaubensbekenntnis sozialer Art annahm, das u. a. eine vernünftige Beschränkung der Arbeitszeit, Mindestlöhne in jeder Industrie, Altersversorgung der Arbeiter und später das Recht auf Tarifverträge verlangte.

Seit kurzem sind nun Bewegungen im Gange wie die «Spiritual Mobilization» von Reverend Fifield, Los Angeles, die sagt, daß jede Regierungskontrolle über das Wirtschaftsleben eine Form von Etatismus sei und daß «Etatismus eine scheußliche Art von Götzenkult ist». Noch neueren Datums ist die Zeitschrift «Christian Economics», die sogar der Meinung ist, die Regierung würde besser tun, auch auf dem Gebiet

des Postwesens freie Konkurrenz walten zu lassen. Diese Strömungen zielen in ihrer Rückschrittlichkeit darauf hin, zum klassischen fortschrittlichen Liberalismus zurückzukehren.

Die finanzielle Unterstützung dieser von Geistlichen geleiteten Bewegungen ist «ziemlich rätselhaft». In einem Bittschreiben wird der Industrielle J. Howard Pew als Referenz genannt, der den Christian Economics einen Check von 50 000 Dollars übergeben hatte, «damit das Blatt sich auf eigene Füße stellen konnte». Pew ist zugleich Vorsitzender des Finanzkomitees des neuen National Council of Churches geworden, dessen «gewaltiger Apparat» über einen Etat von 4,5 Millionen Dollar verfügt. Um diese Gelder zu beschaffen, hat Pew mit dem Argument um Spenden gebeten, «daß Unternehmungen wie die unseren nur so lange bestehen, wie ein gewisses Maß von Wirtschaftsfreiheit gewährleistet ist, und Wirtschaftsfreiheit ist nur ein Teil der allgemeinen menschlichen Freiheit». Er ist also der Meinung, «daß zur Überwindung der Gefahr des ‚Etatismus‘ ein Bündnis zwischen Business und Religion notwendig ist». Die Gegensätze zwischen der Gruppe Pew und Tausenden von protestantischen Führern werden in den nächsten Monaten in den Autoritätszentren des amerikanischen Protestantismus eine interessante Entwicklung zeigen.

Der Katholizismus, der von den meisten amerikanischen Protestanten verkannt wird, weil sie in ihm nur eine autoritäre, totalitäre Religion sehen, hat stets geglaubt, daß der Staat die moralische Autorität habe, das wirtschaftliche Leben zu kontrollieren. Obschon vielleicht gegenüber dem Feudalismus zu nachsichtig, hat er nie vor dem reinen Kapitalismus kapituliert. Neuerdings gewinnt er wieder eine or-

ganische Beziehung zur Arbeiterschaft; seine Gewerkschaften haben die Politik der katholischen Parteien beeinflusst, sie ermöglichen katholisch-sozialistische Bündnisse. Seit dem zweiten Weltkrieg ist der katholische Einfluß auf die Politik zusehends gewachsen. Franklin Roosevelt rechtfertigte in seinem ersten Wahlfeldzug seinen «New Deal» durch den Hinweis auf die sozialpolitischen Theorien von Papst Leo XIII., die Father John Ryan kommentierte, und legte dar, daß das «Soziale Credo» des protestantischen Federal Council of Churches im wesentlichen mit diesen Lehren übereinstimme.

Obschon die Katholiken in Amerika keine eigenen Gewerkschaften haben, sind ihre Beziehungen zu den Gewerkschaften viel gesünder als diejenigen der Protestanten. Die Politik der Katholiken in Amerika ist streng begrenzter «Laien»-Katholizismus, der zu dem Konservativismus mancher Geistlichen in einem gewissen Gegensatz steht.

Eine bei Anti-Katholiken beliebte Theorie geht dahin, der Papst plane wegen der katholischen Landesverluste hinter dem Eisernen Vorhang einen neuen Weltkrieg. Als ein gläubiger katholischer Marine-Minister vor einem Jahr solche Empfindungen äußerte — die sofort von der Regierung verurteilt wurden —, schien die Theorie richtig zu sein. Der Vatikan setzte jedoch dieser Idee einen starken Widerstand entgegen.

Es gibt keine Beweise, daß sich die katholischen Kirchenführer Amerikas über die Probleme der internationalen Politik einig sind. Aber sie kritisieren sich nicht gegenseitig in der Öffentlichkeit. Der Katholizismus hat eine stärkere Einheit als andere religiöse Gemeinschaften und geistige Hilfsquellen, die in einer freien Gesellschaft positiv wirken können.